

NEUE ZUGER ZEITUNG



Abnehmen – leicht gemacht!
 1. Beratung kostenlos
 Rufen Sie an: 041 710 66 02

ParaMediForm
 Institut für Gesundheit und Wohlbefinden
 www.paramediform.ch
 Bahnhofstrasse 25
 6300 Zug

IN ZUG FAHREN TRUTHÄHNE TAXI
 WWW.TRUTHAHTAXI.CH

BESTELLEN, ESSEN & GENIESSEN

Ratlos Die Steinhauser Gemeindepräsidentin Barbara Hofstetter muss das Nein zur Umzonung verdauen. **27**

Säuliamt lehnt Golfplatz ab

BAAR van. Schlappe für die Initianten des Golfparks Zugersee: Die 14 Gemeinden des Bezirks Affoltern am Albis haben die für den Golfplatz nötige Richtplanänderung abgelehnt – und das deutlich mit 70,5 Prozent. Golfplatz-Initiant Adrian Risi gesteht ein, solche Vorlagen hätten zurzeit einen schweren Stand.

Zumindest in Kappel und Hausen am Albis ist das Golfplatz-Projekt damit begraben, nicht aber in Baar, der dritten Standortgemeinde. Risi und seine Mitstreiter wollen prüfen, ob auf Zuger Boden eine Neun-Loch-Anlage realisiert werden kann. Die Alternative-die Grünen Baar, die die Interessengemeinschaft No Golf im Säuliamt im Abstimmungskampf unterstützt haben, sind jedoch zuversichtlich, dass der Golfplatz auch in Baar keine Chance hätte.

23

Klares Nein zur Foyererweiterung

ZUG cv. Deutlich haben sich die Stimmbürger gegen die Erweiterung des Foyers des Theater Casino Zug ausgesprochen. Damit ist der Entscheid für den Erhalt des unveränderten Seebads Seeliken gefällt, welches von der Erweiterung tangiert gewesen wäre. In der Variantenabstimmung wurde die Foyererweiterung mit 82 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Ebenfalls deutlich war die Zustimmung für die Sanierung des Casinos ohne die Erweiterung, sie lag bei 72 Prozent. Genehmigt ist damit der Kredit von 13,64 Millionen Franken für die zweite Sanierungsetappe. Die Stimmbeteiligung lag bei 44,2 Prozent.

Gemäss Stadtrat müssen die Platzprobleme im Foyer des Casinos nun pragmatisch und innerhalb des Gebäudes angegangen werden.

23

Ein historisches Präsidium

NATIONALRAT red. Die heutige Wahl der Baselbieter Nationalrätin Maya Graf zur Präsidentin der Grossen Kammer ist ein historisches Ereignis: Seit 33 Jahren im Nationalrat vertreten, werden die Grünen nun zum ersten Mal das formell höchste politische Amt der Schweiz besetzen. Und eben dieser Nationalrat liegt der Baselbieterin besonders am Herzen: Sie will im kommenden Jahr ihre Auftritte auch dafür nutzen, das Image der Grossen Kammer zu verbessern. Graf gehört der Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturkommission an.

Neu bestimmt wird auch der Präsident der Kleinen Kammer. Die Wahl zum Ständeratspräsidenten soll die Krönung von Filippo Lombardis Karriere sein.

5

Tierseuchengesetz: Urkantone scheren aus

ABSTIMMUNG Das Schweizer Volk sagte gestern deutlich Ja, die Urkantone allerdings nur knapp. Uri sagte gar Nein, auch wegen der Erfahrungen mit der Blauzungenkrankheit.

flj. Während 68,3 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung gestern ein Ja in die Urne legten, sagte der Kanton Uri – neben Appenzell Innerrhoden als einziger – Nein. Auch die Kantone Schwyz, Obwalden und Nidwalden sagten nur sehr knapp Ja zum neuen Gesetz. «Die Impfkampagne gegen die Blauzungenkrankheit hat tiefe Verletzungen hinterlassen», sagt die Urner FDP-Nationalrätin Gabi Huber. Zwar ging es in der Vorlage über das neue Tierseuchengesetz nicht um den Impfwang, dennoch wurde dieses Argument häufig bedient. Auch der Urner Volkswirtschaftsdirektor Urban

Impfgegner vor nächstem Kampf

REFERENDUM flj. Kaum ist das Referendum gegen das Tierseuchengesetz gescheitert, planen die Impfgegner den nächsten Angriff. Ihre Unterschriftensammlung für das Referendum gegen das Epidemiengesetz läuft bereits. Mit diesem soll der Schutz vor übertragbaren Krankheiten beim Menschen verbessert werden. Bund und Kantone könnten in Notlagen Impfungen für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen für obligatorisch erklären. Ein Impfwang wäre allerdings ausgeschlossen. Die Impfgegner hoffen auf eine bessere Mobilisierung, weil bei diesem Gesetz die ganze Bevölkerung betroffen sei.

Camenzind (CVP) verweist auf die «Unzufriedenheit» in der Bevölkerung. Insbesondere gegenüber der Pharmabranche herrsche grosses Misstrauen.

Selbstkritik bei den Gegnern

Die Gegner der Vorlage räumen ein, dass sie zu sehr auf die Emotionalisierung mit Schlagworten wie «Impfschäden» und «Zwangsimpfungen» gesetzt hätten. «Dabei hätte es durchaus wichtigere Argumente gegeben als das Impfblogoblogium», sagt etwa die Luzerner SVP-Nationalrätin und Impfkritikerin Yvette Estermann. So sei es zwar mit dem heutigen Gesetz schon möglich, ein Obligatorium zu verhängen, aber die Strafen für Bauern, welche sich einem solchen widersetzen, würden nun erhöht. Zudem werde die internationale Zusammenarbeit verstärkt. «Wir werden zunehmend fremdbestimmt», so Estermann. Die Impfgegner setzen ihre Hoffnungen nun auf den Kampf gegen das Epidemiengesetz (siehe Kasten).

3

KOMMENTAR

Die Polemik durchschaut

Deutlich hat das Volk den Änderungen im Tierseuchengesetz zugestimmt. Mit Schlagworten wie «Zwangsimpfung» und «Impfschäden» versuchten die Gegner, Ängste zu schüren und Stimmung gegen die Vorlage zu machen. Doch die Rechnung ging nicht auf. Eine Mehrheit hat gestern ein Ja eingelegt.

Der Grund dafür ist einfach: Die Argumente zielten an der Vorlage vorbei. Das neue Tierseuchengesetz bringt zwar viele Änderungen, jedoch keine im Bereich Impfwang. Bereits heute kann der Bund ein Impfblogoblogium festlegen. Das Stimmvolk hat die Polemik durchschaut – auch die Gegner der Vorlage. Trotzdem wollte wohl der eine oder andere mit einem Nein seine Ablehnung der Impfblogoblogien gegenüber zum Ausdruck bringen. Im Kanton Uri, wo einige Bauern schlechte Erfahrungen mit der Impfung gegen die Blauzungenkrankheit gemacht haben, wurde das Gesetz gar bachab geschickt.

Ärgerlich ist der Ausgang vor allem für jene Gegner, die gewichtigere Argumente ins Feld führten. So erhält der Bund neu mehr Kompetenzen, um Massnahmen schweizweit zu koordinieren. Aus föderalistischer Sicht kann man dies durchaus kritisieren. Solche Argumente fanden im Abstimmungskampf aber kaum Gehör. Ob das Abstimmungsergebnis bei weniger Polemik anders ausgefallen wäre, bleibt offen.

Globalisierung und Klimaerwärmung führen dazu, dass die Bedrohung durch Tierseuchen wächst. Der Bund kann sich dank dem neuen Gesetz dagegen wappnen und Prävention und Früherkennung verbessern. Das ist im Interesse der Volkswirtschaft, der Konsumenten von landwirtschaftlichen Produkten, der Tierhalter und nicht zuletzt der Tiere selbst.

BARBARA INGLIN
 barbara.inglin@luzernerzeitung.ch



Vettel schafft den WM-Hattrick

Der Deutsche Sebastian Vettel (25) holt sich beim GP von Brasilien nach einem dramatischen Rennen den dritten Formel-1-Weltmeistertitel in Serie. Michael Schumacher (rechts) gratuliert seinem Landsmann zur Titelverteidigung.

17



INHALT

Agenda	42	Klub der jungen Dichter	38	Todesanzeigen	20
Forum	28/41	Ratgeber	34	TV/Radio	40
Immobilienmarkt	10	Rätsel	41	Wetter	34

ANZEIGE

Abonnieren lohnt sich!

Angebot heute auf Seiten 22, 24 und 26

Golfplatz-Projekt scheitert deutlich

KNONAUERAMT Der Bezirk Affoltern am Albis hat die Richtplanänderung abgelehnt. Die Initianten wollen trotzdem nicht aufgeben.

SILVAN MEIER
silvan.meier@zugerzeitung.ch

Dieses Resultat lässt keinen Spielraum für Interpretationen: Das Säuliamt will keinen Golfplatz. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 70,5 Prozent haben die Stimmbürger im Bezirk Affoltern am Albis den Golfplatz-Initianten um Adrian Risi eine deutliche Abfuhr erteilt. Alle 14 Gemeinden haben die für das Projekt Golfpark Zugersee nötige Richtplanänderung abgelehnt. Der Nein-Stimmen-Anteil schwankt zwischen 61,2 Prozent (im Zürich-nahen Stallikon) und 79,4 Prozent (im ländlichen Rifferswil). Mitdrin auch die beiden Standortgemeinden Kappel und Hausen am Albis, die dem Projekt mit 69 respektive 65,6 Prozent ebenfalls deutlich die kalte Schulter zeigen – und das, obwohl die Gemeinderäte dort den Golfplatz mehrheitlich unterstützt haben.

Adrian Risi gesteht die Niederlage ein. «Das ist deutlich, und wir akzeptieren den Entscheid.» Der Golfpark Zugersee sei in der jetzigen Form gescheitert. Die Abstimmung in Baar ist damit obsolet

geworden. Darin sind sich Baars Gemeindepräsident Andreas Hotz und Adrian Risi einig.

Nur noch auf Baarer Boden?

Die Ohrfeige aus dem Säuliamt kommt für Adrian Risi unerwartet. «Ich habe mit einem knappen Entscheid zu unseren Gunsten gerechnet», sagt er. Dafür, dass es nun ganz anders gekommen ist, macht er drei Gründe geltend: Erstens



«Wir werden nun eine Neun-Loch-Anlage prüfen.»

ADRIAN RISI

sei im ländlichen Knonaueramt die Solidarität unter den Bauern gross. Zweitens gelte Golf hier immer noch als elitärer Sport. «Und drittens dominiert derzeit eine generelle Verweigerungshaltung», analysiert Risi. Das hätten bereits die Abstimmungen zur Zweitwohnungs- oder zur Zürcher Kulturlandinitiative gezeigt. «Die Menschen wollen

auf die Bremse stehen.» Genau das wollen die Golfplatz-Initianten nicht – trotz des klaren Votums. Denn nur wenige Stunden nach der Abstimmungsniederlage denkt Risi bereits über ein kleineres Golfplatz-Projekt nach. «Wir werden nun prüfen, ob eine Neun-Loch-Anlage nur auf Baarer Boden realisiert werden kann», kündigt der Unternehmer an. Denn im Kanton Zug sei der Golf-sport weit besser akzeptiert. «In Baar würden wir an der Urne durchkommen, davon bin ich felsenfest überzeugt.» Und wenn der kleine Golfplatz in Baar der-einst realisiert sei, kämen vielleicht auch die Zürcher auf den Geschmack. Allerdings seien noch viele Fragen offen, so Risi. «Wir wollen nun mit den Baarer Bauern und dem Kanton zusammensitzen», erklärt er. Insbesondere der Standort des Clubhauses und die Zufahrt müssten diskutiert werden. Im Baarer Rathaus sind die Türen dafür offen: «Wir sind gesprächsbereit», sagt Gemeindepräsident Andreas Hotz.

Widerstand angekündigt

Bei der Alternative die Grünen kommen Risis Ideen nicht gut an. Die Sieger der gestrigen Abstimmung – die Baarer Partei hat die Interessengemeinschaft No Golf im Abstimmungskampf aktiv unterstützt – sind überzeugt davon, dass auch in Baar der Golfplatz abgelehnt würde. «Adrian Risi hätte es in Baar schwierig», sagt Parteipräsidentin Anna Lustenberger. «Nach dem klaren Nein in Zürich ist die Zuversicht bei uns gross.»

KOMMENTAR



Silvan Meier

Falsche Zuversicht

W weitere Diskussionen erübrigen sich. Das sollte man angesichts des unerwartet deutlichen Neins zum Golfpark Zugersee annehmen dürfen. Die 14 Gemeinden im Bezirk Affoltern am Albis haben dem Golfplatz eine derart klare Abfuhr erteilt, dass das Projekt eigentlich endgültig begraben sein sollte.

Adrian Risi und seine Mitstreiter sehen das allerdings etwas anders. Sie glauben weiterhin an ihren – nun halt etwas kleineren – Golfplatz und wollen prüfen, ob sich nur auf Baarer Boden eine Neun-Loch-Anlage realisieren liesse. Das ist ihr gutes Recht. Ein Nein in

Zürich ist schliesslich kein Nein in Zug.

Risis Zuversicht, dass die Baarer einem Golfplatz zustimmen würden, ist allerdings fehl am Platz. Vor einem halben Jahr wären die Chancen auf ein Ja intakt gewesen. Doch jetzt würde der Golfplatz mit grosser Wahrscheinlichkeit auch in Baar scheitern. Das wollen die Initianten nicht wahrhaben. Dabei sollten sie aus dem Abstimmungskampf im Säuliamt gelernt haben. Die teure Werbekampagne mit prominenten Aushängeschildern hat keine Wirkung gezeigt. Und das würde sie auch im Kanton Zug nicht.

SILVAN MEIER
silvan.meier@zugerzeitung.ch

Charme wiegt mehr als Quadratmeterberechnungen

ABSTIMMUNG Die Zuger haben mit überwältigender Mehrheit entschieden: Das Casino wird saniert, aber aus der Erweiterung wird nichts.

Das älteste städtische Seebad liegt den Zugern mehr am Herzen als ein Casino mit grosszügigen Platzverhältnissen: So präsentieren sich in aller Klarheit die Ergebnisse nach dem gestrigen Abstimmungssonntag über die zweite Sanierungsetappe. In einer Variantenabstimmung haben sich 72 Prozent der Stimmbürger für eine Sanierung des Casinos ohne die Erweiterung des Foyers entschieden und stimmten bei der Variante A mit Ja. Für die Variante B, eine Sanierung, die auch die Erweiterung beinhaltet hätte, sprachen sich nur 18 Prozent aus. Die Stichfrage schliesslich bestätigte nochmals die eindeutige Stimmung: 82 Prozent gaben der Variante A den Vorzug. Die Stimmbeteiligung lag bei 44,2 Prozent.

«Auftrag erfüllt»

Gut leben mit dem Abstimmungsentscheid kann Stadtpräsident Dolfi Müller. Der Stadtrat habe mit seinen Anträgen seinen Auftrag erfüllt, auch die Foyererweiterung zur Abstimmung zu bringen. Der Grosse Gemeinderat habe vor zehn Jahren die Verdoppelung des Foyers gefordert. Den konkreten Auftrag erhielt der Stadtrat an der Volksabstimmung vom 10. Januar 2010 mit der Genehmigung des Projektierungskredits für die beiden Etappen der Casino-Sanierung. «Das Volk musste entscheiden, wie es weitergeht», sagte Dolfi Müller. Mit dem eindeutigen Entscheid der Stimmbürger ist für ihn klar, dass eine Foyererweiterung vom Tisch ist.

Weiter geht es nun nach dem Willen des Stimmvolks mit Werterhaltung. Denn mit der angenommenen Variante A sind 13,64 Millionen Franken für die zweite Sanierungsetappe gesprochen. Sowohl das alte Casino-Gebäude aus dem Jahr 1909 als auch der Erweiterungsbau von 1981 brauchen ein «Facelifting», wie es Bauchef André Wicki formulierte. Über das Scheitern

der Wertvermehrung, die die Erweiterung gewesen wäre, zeigte auch Wicki sich nicht unglücklich, die Minderausgaben von 6 Millionen Franken sind eine willkommene Entlastung der Stadtkasse. Auch für ihn steht ausser Dis-

kussion, dass die Foyererweiterung begraben ist. Man habe alle möglichen Varianten geprüft, sagte er. Sämtliche räumlichen Ausdehnungen, in welche Richtungen auch immer, kämen nun nicht mehr in Frage. Der Stadtpräsident

gestand den Gegnern der Casino-Erweiterung zu, dass sie einen Abstimmungskampf mit viel Engagement und Emotionen geführt hätten.

Seeliken mobilisierte Opposition

Oskar Rickenbacher, Sprecher der «Freunde Seebad Seeliken» (FSS), der federführenden Opponenten der Erweiterung, sah im Abstimmungsergebnis eine klare Bestätigung des Hauptanliegens: «Hände weg von der Seeliken.» Die Front gegen die Vorlage sei gross gewesen und habe über die Parteigrenzen hinweggereicht, sagte er. Für ihn zeigt es sich jetzt, «dass die Zuger sensibilisiert sind und ihre noch verbleibenden Freiräume und Oasen der Stadt erhalten wollen».

Die Opposition gegen die Erweiterung war tatsächlich gross. Nicht nur, dass der Grosse Gemeinderat sich grossmehrheitlich dagegen aussprach, auch die Parteiparolen waren entsprechend gefasst. Eine sinnvolle Variante, die Platzprobleme weitestgehend innerhalb des bestehenden Gebäudes zu lösen, erwartet nun Chris Oeuvray, Präsidentin der städtischen FDP. Silvan Abicht von der GLP unterstreicht seine «doppelte Freude»: dass einerseits das Casino die nötige Sanierung erhält, dass aber auch die Badi Seeliken unverändert erhalten bleibt. Für Thomas Ehrensperger, Präsident der Alternative die Grünen der Stadt, gab es neben dem Charme der Seeliken auch weitere Gründe gegen die Erweiterung: Diese «ging von völlig überrissenen Vorstellungen über die Rolle des Casinos in der Zuger Gastronomie aus und wäre eine Fehlinvestition gewesen».

0,3 Quadratmeter pro Person

Vom Tisch ist jetzt die Erweiterung des Foyers, nicht aber das Platzproblem. Denn nach wie vor bleiben bei vollem Haus den Besuchern im Foyer 0,3 Quadratmeter pro Person, «angestrebt haben wir 0,8 Quadratmeter», sagte Dolfi Müller. Offenbar lassen sich die engen Platzverhältnisse mit pragmatischen Massnahmen immerhin entschärfen. So ist denkbar, dass ein Apérotisch für einmal auch treppauf auf der nächsthöheren Ebene aufgestellt wird.

Oskar Rickenbacher regte eine weitere Lösung an, mit der «man auch ein

bisschen Foyererweiterung machen kann»: Weil vorgesehen sei, die Tore des alten Casino-Baus wieder zum Haupteingang zu machen, werde der heutige Eingang im Anbau ja nicht mehr gebraucht und stehe somit zur Verfügung.

Noch unklar ist das weitere Vorgehen in Sachen Baderoste der Seeliken: Deren Vergrösserung im Zusammenhang mit der nun abgewendeten Verkleinerung der Badi ist ein eigenständiges Geschäft im Stadtparlament, das formell von der Abstimmung nicht tangiert ist. Dazu Rickenbacher: «Macht bitte im Moment nichts an der Seeliken, ausser, was unbedingt nötig ist.»

CHRISTIAN VOLKEN
christian.volken@zugerzeitung.ch



Deutlich haben die Stadtzuger einen Trennstrich zwischen dem Casino und der Seeliken gezogen.

Bild Christof Borner-Keller

Tierseuchengesetz in den Zuger Gemeinden

	Eidgenössische Abstimmung	
	Ja	Nein
Zug	4386	2516
Oberägeri	493	624
Unterägeri	643	982
Menzingen	445	621
Baar	2308	1678
Cham	1598	943
Hünenberg	1132	603
Steinhausen	1173	855
Risch-Rotkreuz	903	645
Walchwil	371	404
Neuheim	199	215
Total	13 651	10 086
Stimmbeteiligung	33,23 Prozent	